

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 11. Sitzung (17. TA)

des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden

am Mittwoch, 08.05.2013, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Dhünn (5.08)
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr

Anwesend

CDU

Ursula Behrendt
Hermann Josef Kentrup
Siegfried Lichtenhagen
Frank Schönberger

SPD

Ercan Demir
Dieter März
Günter Nahl

Vorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Hans-Jürgen Müller

ab TOP 4 ö. S.

BÜRGERLISTE

Erhard T. Schoofs

als Vertreter für Herrn Bertrams

FDP

Hiltrud Meier-Engelen

Die Unabhängigen

Alfred Mertgen

ab TOP 4 ö. S.

pro NRW

Susanne Kutzner

Einzelvertreter

Dr. Uwe Becker

es fehlen entschuldigt:

BÜRGERLISTE

Uwe Bertrams

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Kamuran Sadak

Verwaltung:

Susanne Weber

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

Georg Kimmerle

Umwelt

Christian Kociok

Stadtplanung und Bauaufsicht

Christian Syring

Tiefbau

Schriftführer:

Carsten Scholz

Oberbürgermeister, Rat und Bezirke

T a g e s o r d n u n g

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1 Eröffnung der Sitzung.....	4
2 Genehmigung von Niederschriften	4
3 Bericht des Vorsitzenden zur Behandlung von Bürgeranträgen gem. § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Leverkusen	4
4 Ortsumgehung Alkenrath - Umgehungsstraße entlang des Bürgerbusches - Bürgerantrag vom 16.03.13 - Nr.: 2127/2013.....	4
5 Lärmschutzmaßnahmen an der Güterstrecke in Alkenrath - Bürgerantrag vom 16.03.13 - Nr.: 2138/2013.....	6

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. März (SPD), eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung von Niederschriften

Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden (17. TA) am 31.01.13 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

3 Bericht des Vorsitzenden zur Behandlung von Bürgeranträgen gem. § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Leverkusen

Rh. März (SPD) erstattet gemäß § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Leverkusen den in der Anlage 1 zur Niederschrift beigefügten Bericht.

4 Ortsumgehung Alkenrath

- Umgehungsstraße entlang des Bürgerbusches
- Bürgerantrag vom 16.03.13
- Nr.: 2127/2013

Frau Weber (01) teilt mit, dass der Verwaltung zwei Anträge der Fraktion BÜRGERLISTE vom 06.05.2013 vorliegen, die auf die Bürgeranträge Nrn. 2127 und 2138/2013 Bezug nehmen und im nächsten Sitzungsturnus behandelt werden sollen. Eine Entscheidung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden zu den Bürgeranträgen kann, unabhängig hiervon, heute getroffen werden.

Nachdem der Ausschuss ihm einstimmig das Rederecht erteilt hat, erläutert Herr Dr. Sicheneder für die Initiative Bürger für Alkenrath die beiden eingereichten Bürgeranträge.

Im Verlauf der Diskussion beantragt Herr Nahl (SPD), folgenden Punkt 3 in den Beschlusssentwurf der Vorlage aufzunehmen:

„Der Ausschuss empfiehlt jedoch, dass die Verwaltung gemeinsam mit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III in Überlegungen eintritt, wie die Alkenrathener Straße zum Beispiel durch Kreisverkehre, verkehrsberuhigte Zonen usw. wieder an den Siedlungscharakter herangeführt werden kann.“

Frau Meier-Engelen (FDP) begrüßt diesen Vorschlag und regt zusätzlich an, bei einem Neubau von Straßen Flüsterasphalt zu verwenden.

Nach ausführlicher Diskussion lässt Rh. März (SPD) auf Bitte von Herrn Schoofs (BÜRGERLISTE) zunächst über den Bürgerantrag abstimmen.

Beschluss:

Wie Bürgerantrag

dafür: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 pro NRW)
dagegen: 10 (4 CDU, 2 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Die
Unabhängigen, Dr. Becker)
Enth.: 1 (SPD)

Damit ist der Bürgerantrag abgelehnt.

Anschließend lässt Rh. März (SPD) über die Verwaltungsvorlage einschließlich des von Herrn Nahl (SPD) vorgeschlagenen und durch Frau Meier-Engelen (FDP) ergänzten Punkt 3 abstimmen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt zur Kenntnis, dass die Ortsumgehung Alkenrath derzeit von der Stadtverwaltung aus Umwelt- und Kostengründen nicht weiter verfolgt wird.
2. Er lehnt den Bürgerantrag auf Einrichtung einer Umgehungsstraße für Alkenrath entlang des Bürgerbusches daher ab.
3. Der Ausschuss empfiehlt jedoch, dass die Verwaltung gemeinsam mit der Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III in Überlegungen eintritt, wie die Alkenrather Straße zum Beispiel durch Kreisverkehre, verkehrsberuhigte Zonen, den Einsatz von Flüsterasphalt usw. wieder an den Siedlungscharakter herangeführt werden kann.

dafür: 11 (4 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Die
Unabhängigen, Dr. Becker)
dagegen: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 pro NRW)

- 5 Lärmschutzmaßnahmen an der Güterstrecke in Alkenrath
- Bürgerantrag vom 16.03.13
- Nr.: 2138/2013

Frau Weber (01) erklärt zum Schienenbonus, dass der Deutsche Bundestag am 25.04.2013 die Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses zu dem Elften Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes angenommen hat. Die entsprechende Drucksache 311/13 ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt. Insofern ist der Beschlussentwurf der Vorlage zu Punkt 2 entsprechend zu ändern.

Zum Sachstand weist Herr Kimmerle (32) auf die Informationsveranstaltung des Rates zum Thema „Lärm“ vom 30.01.2013 sowie auf die bereits von der Deutschen Bahn AG vorgenommenen Lärmschutzmaßnahmen hin, die in z.d.A.: Rat Nr. 14 vom 31.10.12, Seiten 301 - 303 aufgeführt sind. Des Weiteren verweist er auf eine Mitteilung der Verwaltung in z.d.A.: Rat Nr. 14 vom 31.10.2012, Seite 318, zum aktiven und passiven Lärmschutz an durch das Leverkusener Stadtgebiet führenden Eisenbahnstreckenabschnitten des Bundes sowie ein Merkblatt der Stadt Leverkusen, Stand August 2012, zur Lärmsanierung an Schienenwegen des Bundes in Leverkusen (siehe Anlage 3 zur Niederschrift).

Die Stadt Leverkusen werde sich gegenüber der Deutschen Bahn AG auch weiterhin für einen verbesserten Lärmschutz in Leverkusen einsetzen, da diese hierfür allein zuständig ist.

Auf Bitte von Rh. Schoofs (BÜRGERLISTE) lässt Rh. März (SPD) zunächst über den Beschlusspunkt 3 der Vorlage abstimmen.

Beschluss:

3. Weitere Maßnahmen kann der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nicht empfehlen und lehnt daher den Bürgerantrag ab.

dafür: 11 (4 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Die Unabhängigen, Dr. Becker)

dagegen: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 pro NRW)

Anschließend lässt Rh. März (SPD) über die Beschlusspunkte 1 und 2 der Vorlage abstimmen.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt zur Kenntnis, dass bisher kein rechtlicher Anspruch auf Lärmschutz an Bahnstrecken besteht und Lärmschutzmaßnahmen durch den Bund in einem Sanierungsprogramm priorisiert und umgesetzt werden. Des Weiteren nimmt er zur Kenntnis, dass derzeit die Einführung eines lärmabhängigen Trassen-

preissystems vom Bundesverkehrsministerium getestet und auch von der EU geplant wird.

2. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden nimmt den Beschluss des Deutschen Bundestages zum Elften Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vom 25.04.2013 (Drucksache 311/13) in Bezug auf die Abschaffung des Schienenbonus zur Kenntnis (siehe Anlage 2 zur Niederschrift).

dafür: 11 (4 CDU, 3 SPD, 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 FDP, 1 Die Unabhängigen, Dr. Becker)

dagegen: 2 (1 BÜRGERLISTE, 1 pro NRW)

Rh. März schließt die Sitzung gegen 18:35 Uhr.

Dieser Niederschrift sind zudem die personenbezogenen Daten der Antragsteller als nichtöffentliche Anlage 4 beigefügt.

Dieter März
Vorsitzender

Carsten Scholz
Schriftführer